

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 11

Artikel: Ein Faktor der Stabilität auf dem Balkan
Autor: Tickle, Ian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092900>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ian Tickles Besuch in Albanien

Ein Faktor der Stabilität auf dem Balkan

Auch wenn schon viel über die belasteten Beziehungen zwischen Albanien und Griechenland geschrieben worden ist, so treten diese doch völlig in den Schatten angesichts der Gefahr für Albanien, in den weiter andauernden Krieg in Bosnien-Herzegowina hineingezogen zu werden.

Albanien ist das einzige Land der Region, dessen Grenzen noch immer dieselben sind wie zur Zeit, als es 1913 aus den Ruinen des Osmanischen Reichs entstand. Doch mehrere Male drohte Albanien seither von der Landkarte Europas zu verschwinden. Es ist nur einigen glücklichen Zufällen zu verdanken, dass das Land heute noch existiert.

Es ist schon bemerkenswert, dass das Land unversehrt aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen ist, und in den Jahren danach schien es nur eine Frage der Zeit gewesen zu sein, bis es von Titos Jugoslawien geschluckt worden wäre. Der jugoslawische Führer hatte immer die Absicht, alle albanischsprechenden Völker zusammenzubringen. Aber es war bis zu seiner Machtergreifung in Belgrad nicht klar, dass er beabsichtigte, dies eher innerhalb einer jugoslawischen Föderation als innerhalb eines unabhängigen Albanien zu tun. Der Bruch zwischen Tito und Stalin 1948 kam gerade zur rechten Zeit, um Albanien zu retten; das Land blieb unter sowjetischem Schutz unversehrt.

USA als Garant unter bestimmten Bedingungen

Doch die Familie der albanischsprechenden Völker kam nicht zusammen. Es gab mehr Albaner ausserhalb des Landes als innerhalb. Neben den zahlreichen albanischen Kolonien in der Türkei, in Griechenland und in Italien hat die serbische autonome Region von Kosovo eine albanischsprechende Mehrheit, und es gibt auch grosse Minderheiten in den jugoslawischen Republiken Mazedonien und Montenegro. Es ist dieses Element im balkanischen Mosaikspiel, das für Albanien ein hohes Risiko in sich birgt, in einen ausgeweiteten Krieg innerhalb des früheren Jugoslawien mit hineingezogen zu werden. Diese Gefahr ist sehr viel grösser als die Zänkereien mit Griechenland.

Die Garantien der USA gegenüber Albanien hängen ab von deren Wohlverhalten. Für die Amerikaner wie für die Europäer war Albanien bisher das Hätschelkind des Balkans. Eines der Ziele von Griechenlands Nadelstichpolitik gegenüber Albanien war, dieses zu gewalttätigeren Reaktionen zu provozieren – ein Ziel, das bis zu einem gewissen Grad auch erreicht worden ist. Doch Albanien's Haltung gegenüber dem früheren Jugoslawien wird nun wirklich sehr genau beobachtet. Präsident Berisha weiss sehr gut, dass dies die grössere Gefahr ist und dass die amerikanischen Zusicherungen essentiell sind für Frieden und Stabilität in seinem Land. Er weiss auch, dass diese Zusicherungen abhängen von der sehr grossen Zurückhaltung Albanien's gegenüber jenen Gebieten ausserhalb des Landes, in denen albanische Völker leben.

Ein ernster Grenzeinfall von Mazedonien aus nach Albanien hinein, bei dem zwei albanische Soldaten getötet wurden, und ein Zwischenfall in Skopje – dieser Fall kam vor Gericht und die Verantwortlichen wurden verurteilt –, bei dem albanische Einwohner beim illegalen Besitz von Waffen erwischt worden waren, werden allgemein als serbischer Versuch gewertet, die Schwierigkeiten zwischen der albanischen Minderheit und der slawischen Mehrheit zu schüren.

Nationalismus als neuralgisches Element

Die offensichtlich fiktive Unabhängigkeit von Kosovo und die albanische Unabhängigkeitsbewegung in Mazedonien stammen von Präsident Berishas Entschlossenheit, nichts zu unternehmen, das den Eindruck erwecken könnte, albanische Gebiete im früheren Jugoslawien könnten Teil Albanien's werden. Die Landesgrenzen werden als definitiv betrachtet, was heisst, dass sie nicht ausgeweitet werden sollen. Die gegenwärtige Militärdoktrin besagt, dass nur jeder Zentimeter albanischen Bodens im Falle einer Invasion verteidigt werden würde.

Selbst bei schlimmstem serbischem Gemetzel in Kosovo würde sich Albanien's Reaktion auf das Verteidigen der Grenzen und auf die Aufnahme einer unbeschränkten Zahl albanischer Flüchtlinge

Albanien ist das einzige Land der Region, dessen Grenzen noch immer dieselben sind wie 1913.

Albanien betrachtet seine Landesgrenzen als definitiv.

Eines der gefährlichsten Elemente in dieser Konstellation ist die Unberechenbarkeit der Belgrader Regierung.

begrenzen. Pläne für eine solche Eventualität existieren – auf dem Papier – inklusive vorübergehenden Schutzes der Flüchtlinge im Grenzgebiet und eines schnellen Transports in andere Teile des Landes. Doch diese Pläne decken nur die ersten drei Tage ab, und sie gehen davon aus, dass nicht nur umfassende Hilfe aus dem Ausland käme, sondern dass Drittländer Kosovo zu Hilfe eilen würden.

Eines der gefährlichsten Elemente in dieser Konstellation ist die Unberechenbarkeit der Belgrader Regierung. Einige Mitglieder dieser Regierung scheinen psychologisch gebunden zu sein an die Überzeugung, dass Menschen mit serbischem Blut besser seien als Menschen ohne dieses Blut. Doch wie die Dinge der Natur nun einmal sind, bewegen sich Menschen mit dieser Sicht weit ab von der Realität – und es ist schwierig, ihr künftiges Verhalten abzuschätzen. Sie sind in der serbischen Regierung einflussreich, und es bestehen Zweifel, inwieweit Präsident Slobodan Milosevic sie wirklich unter Kontrolle halten kann. Das bedeutet, dass die serbische Regierung zu jenen gehört, deren künftige Schachzüge für den normalen Typus politischer Analyse kaum einschätzbar sind. Das könnte aber auch eine Politik einhalten, die letztlich zur Selbstzerstörung führt.

Engere Militärkooperation mit NATO

Nach über 50 Jahren Isolation schätzt Albanien die Beziehungen zum westlichen Europa und vor allem zu den USA sehr. Albanien war das erste frühere kommunistische Land, das sich um die Mitgliedschaft in der NATO bewarb, und unbestreitbar war es das einzige Land, bei dem dies wegen der akuten Gefährdung auch gerechtfertigt war. Die Bewerbung wurde ernst genommen. Es folgte ein Besuch von NATO-Generalsekretär Manfred Wörner in Tirana – mit Ausnahme des Papstes und des früheren US-Aussenministers James Baker war er damit wohl die prominenteste westliche Persönlichkeit, die das freie Albanien besuchte.

Albanien's Bewerbung war der Beginn eines Prozesses, der schliesslich zur Aus-

arbeitung des NATO-Konzeptes «Partnerschaft für den Frieden» führte, das heute das Verhältnis der NATO zu den früheren kommunistischen Staaten inklusive Russland definiert. In den dunklen Tagen des Kommunismus war «Voice of America» die einzige westliche Radiostation, die es auf sich nahm, auch in albanischer Sprache zu senden — und das ist etwas, was heute nicht vergessen wird. Die USA sind Albaniens Ausland.

Es gibt eine kleine amerikanische Militärgruppe in Tirana, die mit dem albanischen Verteidigungsministerium im Rahmen des in Washington bekannten «Joint Contact Team Program» zusammenarbeitet, das vom Hauptquartier des US-Kommandos für Europa von Deutschland aus geleitet wird. Das Programm ist Teil eines Plans, der auch die früheren kommunistischen Staaten in Osteuropa und im Baltikum — ausser Ungarn und Litauen, aber inklusive Belarus und der Ukraine — umfasst.

Die Amerikaner definieren ihre Idee folgendermassen: «Eine Gemeinschaft freier, stabiler und prosperierender Nationen, die zusammenarbeiten und dabei die Würde und die Rechte des Individuums respektieren und sich an die Prinzipien der Souveränität und des internationalen Rechts halten.» Die gegenwärtige Mission wird definiert als «Entwickeln von Kontaktgruppen, um militärischen Kräften zu helfen, sich im Rahmen des Wandels zu Demokratie und Marktwirtschaft in positive konstruktive Elemente der Gesellschaft zu ändern». Es sollte hinzugefügt werden, dass dies auch im Interesse der USA ist, was ja der bestimmende Faktor für amerikanische Operationen im Ausland ist.

Albanien als Horchposten für den Balkan

Soweit ist der Umfang amerikanischer Hilfe an Albanien bekannt. Als ich in Albanien weilte, fragte ich einige US-Vertreter, ob noch andere militärische Beziehungen bestünden. Ich dachte, Albanien könnte eine Art «Horchposten» sein für die Ereignisse ganz allgemein auf dem Balkan. Die Antwort fiel einheitlich aus: Es gibt eine amerikanische Militärpräsenz in Mazedonien, und es gibt amerikanische Botschaften in Republiken des früheren Jugoslawien. Weshalb also noch mehr in Albanien?

Wie dem auch sei, Albanien dient tatsächlich als Horchposten. Vermutlich geht man dabei davon aus, dass im Falle genereller Ausbrüche von Feindseligkeiten im früheren Jugoslawien der Horchposten eben ausserhalb liegen müsste. Es ist ein offenes Geheimnis, dass mindestens zwei unbemannte Aufklärungsflugzeuge — allgemein bekannt als «Drones» — auf einer Basis bei Lezhe

Es gibt eine kleine amerikanische Militärgruppe in Tirana, die mit dem albanischen Verteidigungsministerium zusammenarbeitet.

Mindestens zwei unbemannte US-Aufklärungsflugzeuge — allgemein bekannt als «Drones» — sind in Albanien stationiert.

Heutige Menschenrechtsverletzungen und das Fehlen von Rechtsstaatlichkeit müssen offen diskutiert, aber auch in den Relationen der Geschichte gesehen werden.

im Norden Albaniens stationiert sind und dass diese auch in Kukës gesichtet worden sind, nicht weit von der Grenze zu Kosovo in der rauen Nordwestecke des Landes. Ich sage, das sei ein offenes Geheimnis, weil Präsident Berisha Anfang dieses Jahres an einer Pressekonferenz in Tirana genau dazu befragt wurde. Ohne den Bericht zu dementieren, erklärte er damals, dass Albanien bereit sei, der NATO entsprechende Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, falls es angefragt würde.

Die Geschichte stammt vom amerikanischen Magazin «Aviation Week and Space Technology», das die Flugzeuge als GNAT-750 bezeichnete. Sie haben eine Reichweite von 800 km und werden von einer Radarstation vom Boden aus gelenkt. Das Magazin fügte hinzu, Italien sei für die Stationierung der Aufklärungsflugzeuge zuerst angegangen worden, habe aber abgelehnt — worauf Albanien akzeptierte.

Schwieriger Weg zur Rechtsstaatlichkeit

Die USA sind bereit, Albanien und anderen früheren Ostblockstaaten auf ihrem Weg zu Demokratie und freiem Markt zu helfen. Wenn Amerikas Zusicherungen gegenüber Albanien schon abhängen von einer verantwortungsvollen Haltung mit Respekt gegenüber allem Kompetenten in den balkanischen Verwirrungen, so beobachten US-Offizielle auch sehr sorgfältig den Fortschritt Richtung Demokratie und Marktwirtschaft.

Als ich vor einem Jahr in Albanien war — es war kurz nach dem Ende des Jahres der Anarchie —, hatte man den Eindruck, das Land sei im Würgegriff des Wettlaufs um die Freiheit. Ich traf amerikanische Evangelisten, die versuchten, Muslime zu bekehren, und hatte das Gefühl, dies sei eine gefährliche Aktivität, die verboten werden sollte. Aber es war äusserst schwierig, Menschen, die während 50 Jahren unter dem schlimmsten totalitären Regime lebten, das die Welt je gesehen hatte, zu erklären, sie sollten irgendetwas verbieten. Die Kommunisten hinterliessen Albanien praktisch ohne Gesetze.

In dieser Beziehung unterschied es sich von den Ländern des Sowjetblocks. Die Sowjets hatten Gesetze und eine Verfassung, und die meisten Ungerechtigkeiten, die begangen wurden, geschahen, weil relativ fortschrittliche Gesetzestexte einfach ignoriert wurden — übermässig und permanent.

In Albanien gab es nur wenige solche Texte, und eine der grössten Aufgaben, die die neue demokratische Regierung nun in Angriff nehmen muss, ist die Ausarbeitung solcher Gesetze. Während

des vergangenen Jahres wurden vom Parlament viele neue Gesetze verabschiedet, die verschiedene Aspekte der Wirtschaft und des Lebens im allgemeinen regeln. Doch der Prozess ging nicht schnell genug voran, um Schritt zu halten mit dem schnellen Wandel des Lebens in Albanien. Die Regierung nützte Gesetzeslücken aus, um immer mehr eine autoritäre Haltung im politischen Leben des Landes einzunehmen.

Darüber muss mit grosser Sorgfalt diskutiert werden, und es muss in einen vernünftigen Rahmen gesetzt werden. Jeder autoritäre Akt und jede Verletzung von Menschenrechten im heutigen Albanien macht nicht einmal annähernd ein Prozent aus gegenüber dem, was an Abscheulichkeiten unter den Kommunisten begangen worden war. Und es kann auch argumentiert werden, dass nach mehr als einem halben Jahrhundert totalitärer Dunkelheit ein Wettstreit um Freiheit nicht unbedingt die Antwort ist.

Politisch motivierte Prozesse

Wie in vielen anderen einst kommunistischen Staaten scheint es eine realistische Möglichkeit zu geben, dass die frühere kommunistische Partei — in Albanien die Partei der Arbeit — bei den nächsten Wahlen wieder an die Macht gelangen könnte. Und dies, obwohl Albanien das einzige Land ist, wo Mitglieder des alten Politbüros für ihre schrecklichen Taten vor Gericht gestellt wurden. Unter den acht früheren Kommunisten, die vor Gericht gestellt und verurteilt wurden, ist auch der einstige Präsident und designierte Nachfolger von Enver Hoxha, Ramiz Alia, der neun Jahre Gefängnis erhielt.

Doch die gesetzliche Grundlage für die Prozesse ist äusserst zweifelhaft. Das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz wird ignoriert. Wie können genau acht Männer — nicht sieben oder neun — für all das verantwortlich gemacht werden, was die Kommunisten begangen haben? In den meisten anderen früheren kommunistischen Staaten ist die Antwort auf diese Frage, dass niemand vor Gericht gestellt wurde. Das ist auch eine Frage, die in Albanien weitherum gestellt wird, und die Helsinki-Vereinigung des Landes, die die Menschenrechtsseite der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) repräsentiert, ist sehr besorgt. Ramiz Alia ist jedoch nicht der Mann, zu dem die Albaner grosse Sympathien hegen, und sein Prozess kümmerte die Öffentlichkeit nicht sonderlich. Mit seinem Mangel an juristischen Kenntnissen wird der sogenannte Mann auf der Strasse ganz einfach sagen, Alia müsse erschossen werden. Trotz all seiner Sünden: Die letzten Monate, in denen Ramiz Alia noch an

der Macht war, waren gekennzeichnet durch die Wende seines Landes in Richtung Demokratie, und das ohne Blutvergiessen. In einem gewissen Sinne war er Albanien's Michail Gorbatschow; ohne diesen wäre die Demokratie unmöglich gewesen.

Noch viel mehr ein Würfelspiel ist der völlig unabhängige Prozess gegen Fatos Nano, Ministerpräsident der sozialistischen Übergangsregierung nach der kommunistischen Diktatur. Er war und blieb der Führer der Sozialistischen Partei, der demokratischen Nachfolgepartei der Partei der Arbeit. Nano wird der angeblichen Korruption, des Verbrechertums und der Unterschlagung italienischer Hilfsgelder während seiner Amtszeit beschuldigt. Die Umstände sind unklar; allgemein werden politische Motive für den Prozess vermutet. Die Untersuchungen kommen auffallend schleppend voran, und die juristischen und politischen Behörden haben Ratschläge von innerhalb wie ausserhalb des Landes, den Prozess einzustellen, ignoriert.

Der Fall Fatos Nano erweist sich inzwischen als kontraproduktiv für die Demokratische Partei. Die Sozialisten ziehen Vorteile aus dem weitverbreiteten Eindruck, dass sie durch die Regierungspartei verfolgt würden. Man weiss auch, dass, obwohl die Sozialistische Partei der direkte Nachfolger der kommunistischen Partei ist, ebenso die übrigen Parteien — inklusive der Demokratischen Partei und des Regierungapparats — Mitglieder haben, die unter den Kommunisten Ämter innehatten; nur die Sozialisten gerade mit diesem Pinsel zu teeren und zu federn, sei ungerecht.

Die Sozialisten nützten diese Sympathien aus, um einen «Report über die Lage in Albanien», datiert vom 5. April 1994, zu erstellen, in dem sie den Wandel in Richtung Demokratie rechtfertigen. Der erste Satz lautet: «Der Zusammenbruch des totalitären Regimes in Albanien war das grosse Verdienst einer Volksbewegung, was zur Etablierung einer demokratischen Ordnung, von Pluralismus, individueller Freiheit des Denkens und des Handelns führte; das waren Leistungen, die grosse Erwartungen für eine zivilisierte Gesellschaft nährten.» Weiter ist im Bericht aber auch zu lesen, dass die Polizei, auch die Geheimpolizei, weiterhin mit «der alten Mentalität und den alten Praktiken» arbeitet. Er listet eine ganze Reihe von Menschenrechtsverletzungen auf, von denen viele an Mitgliedern der Sozialistischen Partei begangen worden seien.

Natürlich muss man diese Anschuldigungen mit Vorsicht zur Kenntnis nehmen. Aber überraschenderweise listet der Bericht nur solche Menschenrechtsverletzungen auf, die von anderen Quellen, wie

Amnesty International, dem Europäischen Parlament und sogar dem US-Aussenministerium — sie alle verfolgen den Demokratisierungsprozess in Albanien sehr genau —, bestätigt wurden.

Marktwirtschaft auf guten Wegen

Zuletzt war ich vor einem Jahr in Albanien. Seither hat sich immens viel geändert. Die kommunistische Eintönigkeit ist verschwunden, die Kleidung der Menschen und selbst der Ausdruck in ihren Gesichtern haben sich völlig verändert, Tirana scheint ein einziger Markt zu sein, neue Bars und Restaurants eröffnen überall. Und sie alle machen Geschäfte, was bedeutet, dass Geld vorhanden ist. Da war vor einem Jahr ein besonders grimmiger Ort in Tiranas Hauptstrasse, wo sich die leeren Sockel der gestürzten Statuen von Lenin und Stalin einander anschauten. Sie sind jetzt verschwunden; dort, wo zuvor Stalin stand, hat jetzt eine gemütliche Bar ihre Tore geöffnet, und ein neues Gebäude wird an jener Stelle errichtet, wo Lenin früher stand.

Es mag sein, dass die Transformation in Tirana, wie Experten meinen, von mikroökonomischer Natur ist. Aber sie ist trotzdem dramatisch und muss von Bedeutung sein. Es stimmt, dass Albanien Investitionen braucht und dass diese nur langsam hereinkommen. Einer der Hauptgründe liegt darin, dass die Regierung bisher nicht imstande war, ein neues Eigentumsgesetz zu verabschieden — ein Thema, zu dem die Politiker noch immer keine Basis für eine Übereinkunft finden können.

Eigentumsvereinbarungen wurden auf dem Land getroffen, und Land wurde an die Bauern abgegeben; doch dies gilt nicht für industrielles und städtisches Eigentum. Eine Privatisierung ist unmöglich, wenn man nicht definitiv sagen kann, wer einst Eigentum besitzt — und zwar aus dem einfachen Grund, weil ein neuer Besitzer damit rechnen muss, dass später jemand anderer Eigentum beanspruchen könnte.

Eines der ersten Dinge, die man sieht, wenn man den Flughafen von Tirana Richtung Stadt verlässt, ist die neue Coca-Cola-Fabrik. Sie wurde vor einigen Monaten unter grossem Pomp von Präsident Berisha eröffnet. Sie ist bereits ein vertrauter Fixpunkt in der Landschaft, und die meisten Einwohner von Tirana haben ihn schon besucht. Wenn die Fabrik in einigen Monaten voll in Betrieb ist, wird sie rund 500 Albanern Arbeit geben — nicht besonders revolutionär, wenn man die hohe Arbeitslosenquote des Landes bedenkt.

Aber Coca-Cola ist ein nicht zu unter-

Verglichen mit vor einem Jahr, hat sich in Albanien immens viel geändert.

Die neu-erstellte Coca-Cola-Fabrik wird rund 500 Albanern Arbeit bieten — angesichts der hohen Arbeitslosenquote nicht besonders revolutionär, aber ein nicht zu unterschätzendes Symbol.

schätzendes Symbol, und die Albaner fühlen, dass deren Errichtung in Tirana eine wichtige Station auf dem Weg zu investitionsgestützter Entwicklung ist. Jedenfalls sind die Investitionen in Albanien nicht so niedrig, wie sie manchmal dargestellt werden. Die direkten ausländischen Investitionen pro Kopf der Bevölkerung sind bereits besser als in Ländern wie Kroatien, Bulgarien, Usbekistan (mit seinem Ölreichtum), der Ukraine und Rumänien. Das ist wohl eine Folge der Tatsache, dass es viel einfacher ist, in kleinen Ländern einen wirtschaftlichen Fortschritt zu erreichen. Und das ist sicherlich auch der Grund, weshalb sich die Schweizer Wirtschaftshilfe auch auf Albanien konzentriert.

Ein negatives Element der albanischen Wirtschaft sind natürlich die UNO-Sanktionen gegen das frühere Jugoslawien. Albanien hat sich streng an die Sanktionen gehalten und beraubte sich dabei selbst eines seiner wichtigsten Handelspartner, vor allem im Bereich des kleinen Grenzhandels. Die Not war beträchtlich, vor allem in den Grenzgebieten. Doch auf der grösseren politischen Bühne wurde dies Albanien hoch angerechnet, vor allem von den USA.

(Übersetzung und Bearbeitung: Monika Scherrer)

Lettland erwartet Sie

Nach 50 Jahren Fremdherrschaft und Isolierung ist Lettland wieder auf dem Rückweg nach Europa. Riga-Reisen erschliesst ein Land mit unberührter Natur, reicher Kultur und vermittelt nicht alltägliche Einblicke in die Probleme einer Gesellschaft im dramatischen Wandel von Kommunismus zu Demokratie und Marktwirtschaft.

Achttägige politische Studienreise
«Lettland – Land im Umbruch» Fr. 1490.–
 Acht Tage **«Romantisches Lettland» Fr. 1430.–**
 Acht Tage **«Baltische Hauptstädte» Fr. 1390.–**

Verlangen Sie nähere Auskünfte über unsere vielfältigen Angebote.

Riga Reisen

Telefon 063 61 07 70 (auch samstags)